



# Energieland Brandenburg

Newsletter – Nummer 9, 2011



## Inhalt

### Im Fokus

<b>Christoffers: Ziele der künftigen Energiepolitik werden bis 2012 definiert .....</b>	<b>3</b>
---	----------

### EU, Bund, Energierecht

<b>Helmholtz baut Forschung zu Bioökonomie aus.....</b>	<b>4</b>
<b>Emissionshandels-Stichtag 23.01.2012.....</b>	<b>5</b>
<b>EEG-Umlage bleibt bei kräftigem Ausbau stabil.....</b>	<b>6</b>
<b>Abschaltung von Windenergieanlagen gestiegen .....</b>	<b>7</b>
<b>Energie in Bürgerhand: Privatleute treiben die Energiewende voran .....</b>	<b>8</b>
<b>Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien noch nicht ausgeschöpft .....</b>	<b>9</b>
<b>European Energy Colloquium.....</b>	<b>10</b>

### Land Brandenburg

<b>Die regionalen Energiekonzepte nehmen Gestalt an.....</b>	<b>11</b>
<b>6. Fachtagung Biogas 2011 .....</b>	<b>12</b>
<b>Feierliche Einweihung des Solarparks Oranienburg.....</b>	<b>14</b>
<b>Energiequelle GmbH erhält Preis der IHK Potsdam .....</b>	<b>15</b>
<b>3. Schulung zu großen Solarwärmanlagen erfolgreich durchgeführt.....</b>	<b>15</b>
<b>Brandenburg und China beschließen engere Zusammenarbeit bei den Erneuerbaren Energien ..</b>	<b>16</b>
<b>2. Brandenburger Wirtschaftstage in der Region Centru/Rumänien .....</b>	<b>17</b>
<b>PVcomB – Leitprojekt des Clusters Energietechnik.....</b>	<b>18</b>
<b>Platzek: Verstärkt um Zustimmung für Energieumbau werben .....</b>	<b>20</b>
<b>First Solar verdoppelt Produktion in Deutschland .....</b>	<b>20</b>

### Fördermöglichkeiten, Ratgeber, Tipps, Termine

<b>Broschüre „Besonders sparsame Haushaltsgeräte 2011/12" .....</b>	<b>21</b>
<b>Welche Stadtwerke investieren in erneuerbare Energien?.....</b>	<b>22</b>
<b>Schlichtungsstelle Energie gegründet .....</b>	<b>23</b>
<b>Schulungsreihe zu Biogas .....</b>	<b>24</b>
<b>Weitere Links und Termine .....</b>	<b>25</b>

### Impressum, Bestellung, Abbestellung

<b>Impressum, Bestellung, Abbestellung .....</b>	<b>25</b>
--	-----------

### **Christoffers: Ziele der künftigen Energiepolitik werden bis 2012 definiert**

Studie zur Erarbeitung der Energiestrategie 2030 vorgestellt



Die Verfasser der Studie „Grundlagen für die Erstellung der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg“ haben heute die Ergebnisse des 132-Seiten umfassenden Papiers im Ministerium für Wirtschafts- und Europaangelegenheiten den Wirtschafts- und Umweltverbänden vorgestellt. Anlässlich der Präsentation wies Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers darauf hin, dass die Ergebnisse und Szenarien dieser Studie dazu dienen, politische Beschlüsse zu fassen, die in der Energiestrategie 2030 zusammengefasst werden. „Die Studie enthält Maßnahmenempfehlungen und Szenarien, die derzeit ausgewertet werden, sie ist nicht die Energiestrategie selbst. Die Ziele der künftigen

**Energiepolitik werden nun definiert, konkrete Beschlüsse dazu hat die Landesregierung noch nicht gefasst“, sagte Christoffers.**

„Voraussetzung für den Vorrang und den beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien ist deren Systemintegration, einem der wichtigsten Aspekte der Energiestrategie 2030, also die Anpassung der Erneuerbaren Energien an die bestehenden Wärme- und Stromversorgungsnetze“, fügte der Minister hinzu. „Dazu wird nicht nur der beschleunigte Ausbau der Netzinfrastruktur notwendig sein, sondern auch die Entwicklung von Speichertechnologien, damit die Energie aus Wind und Sonne rund um die Uhr zur Verfügung stehen kann.“ Der Minister bekräftigte, dass die fossilen Energieträger für diesen Prozess so lange zur Unterstützung gebraucht werde, bis die Erneuerbaren Energien grundlastfähig geworden seien.

Vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung in der Energiepolitik der vergangenen Monate haben die Autoren der Studie aktuelle Daten und die Eckwerte der Energiestrategie der Bundesregierung ausgewertet. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse dienen als Grundlage, um politische Rahmenbedingungen zu formulieren, die eine Klima schonende Energieerzeugung und sozialverträgliche Energieversorgung in Brandenburg sicherstellen sollen. Leitmotiv der Studie ist das sogenannte energiepolitische Zielviereck aus Umwelt- und Klimaverträglichkeit, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit, Akzeptanz und Beteiligung.

„Es gilt als sicher, dass die Energiepreise weiter steigen werden, daher wird die Frage nach der sozialverträglichen Gestaltung der Energiepolitik immer bedeutender. Dies gilt auch für den sparsamen und effizienten Umgang mit Energie. Diese Aufgaben müssen im Dialog mit den Bürgern unter der Berücksichtigung von wirtschafts- und umweltpolitischen Gesichtspunkten erfüllt werden. Entscheidend unterstützt wird dieser Dialog durch die Energiekonzepte der regionalen Planungsgemeinschaften. Darin ist vorgesehen, die energiepolitischen Ziele der Landesregierung in den Regionen zu vermitteln - ein Konzept, das bundesweit einmalig ist“, sagte Minister Christoffers.

Die Autoren der Institute A.T. Kearney und Decision Institute haben in einem intensiven Diskussionsprozess mit zahlreichen Multiplikatoren eine Vielzahl von konkreten Maßnahmen zur Erreichung der Szenarienziele entwickelt. Darin enthalten sind insbesondere Vorschläge für 15 Leitprojekte. Sie haben ihrer Studie zudem Zielszenarien für die künftige Struktur der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg entwickelt und mögliche quantitative Ziele abgeleitet. Diese können in die Energiestrategie Eingang finden.

Die wesentlichen Ergebnisse sind:

- Erhöhung des Anteils Erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch bis 2030 auf bis zu 35%.
- Brandenburg könnte damit rein rechnerisch seinen und den gesamten Strombedarf des Landes Berlin aus Erneuerbaren Energien decken.
- Der Primärenergieverbrauch (PEV) ließe sich bis 2030 um 34-38% gegenüber 2007 senken, vorausgesetzt, die Braunkohleverstromung am Standort Jänschwalde liefere aus.
- Geringer fiel die Senkung des PEV aus, wenn ein gering dimensioniertes Kraftwerk gebaut wird oder wenn die Braunkohleverstromung bei gleichzeitiger Verpressung von CO<sub>2</sub> fortgesetzt würde.
- Der Endenergieverbrauch könnte durch Maßnahmen der Gebäudesanierung und im Verkehr um 14-17 % gegenüber 2007 sinken.
- Das Ziel der Energiestrategie 2020, den energiebedingten CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2030 auf 22,8 Millionen Tonnen zu begrenzen, wird knapp verfehlt. Dies begründet sich vor allem durch die stark veränderten Rahmenbedingungen, die sich seit der Erstellung der Energiestrategie 2020 im Jahr 2007 ergeben haben. Beispielsweise waren damals noch keine Gaskraftwerke in Planung. Genauso wenig war der Atomausstieg geplant, der jetzt zu einer Neubewertung der fossilen Energieträger geführt hat.

Zur Erstellung der Energiestrategie werden weitere Gutachten herangezogen, die wirtschaftspolitische Aspekte beleuchten. Nach der Fertigstellung des Entwurfs der Energiestrategie 2030 Anfang des kommenden Jahres wird er Wirtschafts- und Umweltverbänden für Stellungnahmen zur Verfügung gestellt.

**Primärenergie:** Zur Gewinnung von nutzbaren Energieträgern (z.B. Strom, Fernwärme, Benzin) eingesetzte Rohenergie

**Endenergie:** Vom Endverbraucher genutzte o.g. Energieträger (= Primärenergie abzüglich aller Umwandlungsverluste, des Eigenverbrauchs von Kraftwerken und Raffinerien und des Einsatzes von Rohenergie für nichtenergetische Zwecke).

**Die Studie im Internet:** [Grundlagen für die Erstellung der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg](#)

## EU, Bund, Energierecht

### Helmholtz baut Forschung zu Bioökonomie aus

Mit dem Portfoliothema „Nachhaltige Bioökonomie“ baut die Helmholtz-Gemeinschaft die Vernetzung in diesem Forschungsfeld aus und schließt Forschungslücken

**Fünf Helmholtz-Zentren, sieben Universitäten, ein Fraunhofer-Institut sowie das Deutsche Biomasse Forschungszentrum untersuchen bei diesem Forschungsfeld, wie sich die Wertschöpfung aus Biomasse wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltig gestalten lässt. Die Helmholtz-Gemeinschaft fördert das Vorhaben bis 2015 mit insgesamt 13,5 Millionen Euro, die Partner investieren Mittel in gleicher Höhe. Im Anschluss wird das Thema im Rahmen der Helmholtz-Forschungsprogramme weiterverfolgt. Mit dabei sind Institutionen aus Potsdam und Cottbus.**

„Wir brauchen eine solide Wissensbasis, um nachhaltige Nutzungsszenarien für die natürlichen Ressourcen zu entwickeln, die sich ökologisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich bewähren. Deshalb hat die Helmholtz-Gemeinschaft beschlossen, die Forschung zur Bioökonomie zu verstärken und alle

Akteure untereinander zu vernetzen“, erklärt Prof. Dr. Jürgen Mlynek, Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft. Die Bioökonomieforschung nimmt weltweit an Bedeutung zu und wird in Zukunft zentrale Beiträge zur Lösung der Ernährungs-, Rohstoff- und Energiethemen leisten. In Deutschland hat die Bundesregierung das Thema in die Hightech-Strategie aufgenommen. In Deutschland sei die Forschung zur Bioökonomie jedoch noch stark fragmentiert, befand der Bioökonomierat im Herbst 2010, den die Bundesregierung zu ihrer Beratung mit hochrangigen Vertretern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft besetzt hatte.

### **Förderung von Vernetzungsprojekten**

Daher fließen rund zwei Drittel der Portfoliofinanzierung in Vernetzungsprojekte, in denen aktuelle Forschungsvorhaben der Bioökonomie über Disziplinen und Institutionen hinweg bearbeitet werden. Ein weiteres Drittel der Portfolio-Finanzierung unterstützt innovative Forschungsfragen, zum Beispiel zu Pflanzen als Rohstoffe für Biokunststoffe oder zum „Molecular Farming“, bei dem gentechnisch veränderte Pflanzen Wirkstoffe für die Medizin produzieren. Auch Mikroalgen sollen verstärkt auf ihre Eignung als Biomasse- und Wertstofflieferanten untersucht werden.

Die beteiligten Partner bringen vielfältige Kompetenzen ein. Sie reichen von der nachhaltigen Produktion von Biomasse und biogenen Wertstoffen über Prozessierung und Konversion bis zur Umweltsystemanalyse und sozioökonomischen Bewertung und Politikberatung.

### **Helmholtz-Gemeinschaft: Vernetztes Denken in Wissenschaft und Gesellschaft fördern**

Die Helmholtz-Gemeinschaft leistet Beiträge zur Lösung großer und drängender Fragen von Gesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft durch wissenschaftliche Spitzenleistungen in sechs Forschungsbereichen: Energie, Erde und Umwelt, Gesundheit, Schlüsseltechnologien, Struktur der Materie sowie Luftfahrt, Raumfahrt und Verkehr. Die Helmholtz-Gemeinschaft ist mit über 31.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in 17 Forschungszentren und einem Jahresbudget von rund 3,3 Milliarden Euro die größte Wissenschaftsorganisation Deutschlands. Ihre Arbeit steht in der Tradition des großen Naturforschers Hermann von Helmholtz (1821-1894).

**Quelle:** [Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren](#)

---

## **Emissionshandels-Stichtag 23.01.2012**

Zuteilung von Emissionsberechtigungen nur mit elektronischer Signatur

**Der Emissionshandel geht in die nächste Runde: Anlagenbetreiber können bis zum 23.1.2012 die Zuteilung kostenloser Emissionsberechtigungen für die Handelsperiode 2013 bis 2020 beantragen. Die Antragstellung ist ab sofort möglich und verläuft weiterhin rein elektronisch. Die Anlagenbetreiber müssen ihre Zuteilungsanträge mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen. Sollte eine solche Signaturausstattung im Unternehmen noch nicht vorhanden oder abgelaufen sein, so ist für deren Beantragung eine Dauer von etwa drei Wochen einzukalkulieren.**

Das Umweltbundesamt erwartet etwa 2.000 Anträge auf Zuteilung kostenloser Emissionsberechtigungen von Anlagen der emissionsintensiven Industrie und Exportwirtschaft. Wie in den beiden vorangegangenen Handelsperioden stellt das Umweltbundesamt den Anlagenbetreibern eine Antragssoftware zur Verfügung. Dieses so genannte Formular-Management-System ist ebenso verpflichtend wie der elektronische Versand der Zuteilungsanträge und der Einsatz der qualifizierten elektronischen Signatur.

## **Emissionshandel: Signaturkarte und entsprechendes Equipment erforderlich**

Die Ausstattung zum elektronischen Signieren für den Emissionshandel besteht aus einer Signaturkarte, die immer an eine natürliche Person gebunden ist, und einem Kartenlesegerät. Kunden müssen die Signaturkarten von einem signaturgesetzkonformen Trustcenter beziehen und diese persönlich beantragen. Dafür hat sich der IHK-Signaturservice bewährt: Bei 63 IHKs kann eine solche Signaturausstattung bestellt werden. Der Preis für eine IHK-Signaturkarte beträgt 99,00 € (bei zweijähriger Gültigkeit) und 179,00 € (bei vierjähriger Gültigkeit), das Lesegerät kostet 49,00 € (alle Preise zzgl. MwSt.).

Die Signaturausstattungen für die Mitarbeiter, die die Emissionsberechtigungen elektronisch beantragen sollen, sollten jetzt zügig bestellt werden. Dies hilft, zeitlichen Engpässen bis zum Ablauf der Zuteilungsfrist am 23.1.2012 vorzubeugen. Für Anlagenbetreiber, die bis zum Fristende am 23.1.2012 keinen Antrag auf Zuteilung beim Umweltbundesamt eingereicht haben, erlischt der Zuteilungsanspruch. Sie müssen dann ihren gesamten Bedarf an Emissionsberechtigungen zukaufen.

**Weitere Informationen zum Emissionshandel:** [www.dehst.de](http://www.dehst.de)

**Quelle:** DE-CODA GmbH, [www.de-coda.de](http://www.de-coda.de)

---

## **EEG-Umlage bleibt bei kräftigem Ausbau stabil**

Röttgen: Erneuerbare Energien als Wirtschaftsfaktor immer bedeutsamer

**Die Erneuerbaren Energien konnten im ersten Halbjahr 2011 ihren Anteil am Stromverbrauch von 17 % auf über 20 % steigern. Dennoch bleibt die EEG-Umlage 2012 stabil. „Mit der Energiewende wird der Umstieg unserer Energieversorgung auf die Erneuerbaren Energien deutlich beschleunigt. Die stabile Entwicklung der EEG-Umlage zeigt, dass unser Ziel einer weiteren Steigerung auf mindestens 35 % bis 2020 machbar ist und dass die Maßnahmen zur Kostenbegrenzung Wirkung zeigen“, erklärte Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen anlässlich der Bekanntgabe der EEG-Umlage für das kommende Jahr.**

Nach Angaben der vier Übertragungsnetzbetreiber wird sich die EEG-Umlage für 2012 mit 3,59 Cent/Kilowattstunde (ct/kWh) gegenüber dem heutigen Wert von 3,53 ct/kWh kaum verändern. Für einen durchschnittlichen 4 Personen-Haushalt bei einem Verbrauch von 3.500 Kilowattstunden pro Jahr bedeutet dies lediglich Mehrkosten von weniger als 18 Cent pro Monat!

Der Bundesumweltminister hob hervor, dass die Umlage erstmals eine Liquiditätsreserve für die Übertragungsnetzbetreiber enthalte. "Ohne diesen Sonderposten läge die Umlage 2012 sogar unter dem derzeitigen Niveau von 3,53 ct/kWh", so Röttgen. Die neu geschaffene Reserve soll verhindern, dass die Auszahlung der EEG-Vergütungen zu Liquiditätsengpässen bei den Übertragungsnetzbetreibern führt.

### **Energiewende: Die Erneuerbaren Energien schrittweise an den Markt heranzuführen**

Mit der Energiewende in diesem Jahr wurden die Voraussetzungen für die Transformation des gesamten Energiesystems geschaffen. Das EEG als ein Garant für den dynamischen Ausbau der Erneuerbaren Energien im Strombereich wurde dabei kosteneffizienter ausgestaltet. Zugleich wurden Anreize gesetzt, um die Erneuerbaren Energien schrittweise an den Markt heranzuführen. Mit dem neuen EEG soll ein dynamischer und für den Stromverbraucher bezahlbarer Ausbau der Erneuerbaren Energien erreicht werden. Dr. Norbert Röttgen: "Die Bedeutung der Erneuerbaren Energien als Wirtschaftsfaktor wächst weiter. Investitionen in Erneuerbare Energien sind notwendige und sinnvolle Investitionen in unsere Zukunft."

Dafür stehen insbesondere folgende Fakten:

- Erneuerbaren Energien schaffen zukunftsfähige Arbeitsplätze. Bereits heute sind mehr als 370.000 Menschen in der Branche beschäftigt. Rund zwei Drittel dieser Arbeitsplätze sind auf die Wirkung des EEG zurückzuführen.
- Im letzten Jahr stiegen die Investitionen im Bereich der Erneuerbaren Energien in Deutschland auf ein Rekordhoch von knapp 27 Mrd. Euro. Davon waren rund 90 % dem EEG zuzurechnen. Mit dem angestrebten Ausbau der Erneuerbaren Energien können nach Untersuchungen des Bundesumweltministeriums schon in diesem Jahrzehnt Investitionen in Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien von mehr als 200 Mrd. Euro erwartet werden.
- Die starke wirtschaftliche Stellung Deutschlands auf den Weltmärkten basiert auf der Innovationskraft und dem – gerade auch im Mittelstand verankerten – Sachverstand, mit dem immer wieder neue Märkte erschlossen und erfolgreich bedient werden. Der Energiesektor und hier insbesondere der Bereich der Erneuerbaren Energien gehören definitiv dazu. Auf den Weltmärkten sind deutsche Unternehmen in diesen Bereichen gut aufgestellt.
- Darüber hinaus verringern Erneuerbare Energien die Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten und hiermit verbundenen ökonomischen Risiken. 2010 konnte allein die erneuerbare Stromerzeugung fossile Energieimporte im Wert von rd. 2,5 Mrd. Euro einsparen; hiervon sind etwa 80 % dem EEG zuzuschreiben. Dies geht einher mit einem enormen Beitrag zum Klimaschutz. Insgesamt haben die Erneuerbaren Energien die Emission der Treibhausgase im letzten Jahr um rund 118 Mio. Tonnen vermindert.

Aktuelle Umfragen zeigen, dass dies auch die Mehrheit der Bevölkerung so sieht und entsprechend bewertet. Erst vor wenigen Wochen hat eine repräsentative Befragung von TNS Infratest im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien ergeben, dass fast 80 % aller Befragten eine EEG-Umlage von 3,5 ct/kWh zur Förderung der Erneuerbaren Energien für angemessen, teilweise sogar für zu niedrig halten.

Der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien wird einschließlich der Kostenentwicklung im Rahmen eines Monitoring-Prozesses regelmäßig beobachtet und bewertet.

Quelle: BMU, [www.bmu.de](http://www.bmu.de)

---

## Abschaltung von Windenergieanlagen gestiegen

Schleppender Netzausbau führt zu vermehrten Abschaltungen

**Die Abschaltung von Windenergieanlagen aufgrund von Netzengpässen nimmt deutlich zu. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Beratungsunternehmens ECOFYS im Auftrag des Bundesverbandes WindEnergie e.V. (BWE).**



Demnach sind im Jahr 2010 bis zu 150 Gigawattstunden Windstrom verloren gegangen, weil die Netzbetreiber Anlagen abgeschaltet haben. Im Vergleich zum Vorjahr ist das eine Steigerung um bis zu 69 Prozent. „Das sind alarmierende Werte. Hier geht wertvoller CO<sub>2</sub>-freier Strom verloren, nur weil der Netzausbau seit Jahren verschleppt wird. Vor dem Hintergrund, dass 2010 ein eher schlechtes Windjahr war, ist in den nächsten Jahren sogar noch von einer steigenden Tendenz auszugehen“, betont der Präsident des BWE, Hermann Albers.

Auch zahlenmäßig nahmen diese als Einspeisemanagement (EinsMan) im Erneuerbaren Energien Gesetz geregelten Abschaltungen massiv zu. Gab es 2009 noch 285 so genannte EinsMan-Maßnahmen, waren es 2010 bereits 1085. Der durch Abschaltungen verloren gegangene Strom entspricht dabei einem Anteil von bis zu 0,4 Prozent an der in Deutschland im Jahr 2010 insgesamt eingespeisten Windenergie: „Das klingt im ersten Moment noch moderat. Dahinter verbirgt sich jedoch ein für einzelne Regionen, etwa den Norden Deutschlands, schwerwiegendes Problem. Einige Windparks hatten dadurch Ausfälle von nahezu einem Viertel ihres gesamten Jahresenergieertrags“, erläutert Albers.

Das Erneuerbare Energien Gesetz regelt, dass die Betreiber der abgeschalteten Windenergieanlagen vom Netzbetreiber für den Ausfall entschädigt werden. Allerdings kommt es hier zu Problemen: „Es mehren sich die Rückmeldungen unserer Mitgliedsunternehmen, dass die Ersatzzahlungen zum Teil sehr verzögert ausgezahlt werden. Wir haben auch deswegen ECOFYS mit der Erhebung unabhängiger Zahlen beauftragt, weil sich die Angaben der Bundesnetzagentur zum Einspeisemanagement größtenteils auf die Meldungen der Netzbetreiber zu bereits entschädigten Abschaltungen beziehen,“ so Hermann Albers.

Die meisten Abschaltungen wurden von der E.ON Netz GmbH durchgeführt: Etwa vier Fünftel der EinsMan-Maßnahmen fanden in ihrem Netzgebiet statt. Daneben stiegen auch in anderen Netzgebieten die Abschaltungen und es kamen neu betroffene Netzgebiete hinzu. In Hinblick auf die Art der Abschaltung kommt die ECOFYS-Studie zu dem Schluss, dass zwar die meisten Netzbetreiber nach § 11 EEG schalten, jedoch haben auch die Abschaltungen nach §13.2 EnWG stark zugenommen. Diese werden im Gegensatz zu den Abschaltungen nach EEG nicht entschädigt.

Die komplette Studie steht [hier](#) zum Download bereit.

**Quelle und weitere Informationen:** Bundesverband WindEnergie e.V., [www.wind-energie.de](http://www.wind-energie.de)

---

## Energie in Bürgerhand: Privatleute treiben die Energiewende voran

Bürgerinnen und Bürger geben die entscheidenden Impulse



**Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland sind Bürgerinnen und Bürger die mit Abstand wichtigste Gruppe unter den Investoren. Mehr als 50 Prozent der in Deutschland installierten Anlagen zur Stromerzeugung aus regenerativen Quellen befinden sich im Eigentum von Privatpersonen und Landwirten. Für die Energiewende ist das Engagement von Privatpersonen damit ein entscheidender Impuls.**

In den Sparten Photovoltaik und Windenergie an Land sind Privatpersonen traditionell die wichtigste Gruppe unter den Investoren. Zu diesem Ergebnis kommen das Marktforschungsinstitut trend:research und das Klaus-Novy-Institut (KNI) in einer aktuellen, vom Bundesumweltministerium geförderten Studie. Daraus geht hervor, dass im Bereich Windenergie onshore mehr als jedes dritte installierte Megawatt (36,2 Prozent) im Jahr 2010 von Privatleuten investiert wurde. Ihr Anteil an der insgesamt installierten Leistung lag sogar bei mehr als 51 Prozent. Bei der Photovoltaik schnitt diese Investorengruppe ähnlich stark ab: Hier brachten es die Privatpersonen 2010 auf einen Anteil von mehr als 40 Prozent am Zubau. Die Landwirte steuerten darüber hinaus 21,8 Prozent bei. Fonds und Banken folgten weit abgeschlagen mit einem Anteil von rund 9 Prozent. Eine insgesamt untergeordnete Rolle für den Ausbau der Erneuerbaren Energien spielten bislang die großen Energieversorger.

Dass Erneuerbare-Energien-Anlagen gerade bei Privatleuten so gut ankommen, liegt nicht nur an der staatlich garantierten Einspeisevergütung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Wie die Autoren

der Studie betonen, ist die Eigentümerstruktur etwa im Bereich Photovoltaik auch wegen weiterer Vorteile dezentral geprägt. Die Studie nennt in diesem Zusammenhang die gute Verfügbarkeit und Handhabbarkeit dieser Technologie für Privatleute sowie für kleinere Gewerbe- und Industriebetriebe.

### **Bürgerwindparks als Zukunftsmodell**

Den starken Auftritt der Privatpersonen bei der Onshore-Windkraft erklären die Wissenschaftler mit vergleichsweise überschaubaren Investitionssummen bei der Kooperation in Bürgerwindparks. Auch mit relativ geringem finanziellem Einsatz ist hier eine Beteiligung möglich. Das gilt ebenso für die Gesellschaftsform der Genossenschaft, die für den Bau von Erneuerbare-Energien-Anlagen an Attraktivität gewonnen hat. Allerdings ist der Anteil der Kooperativen laut der Studie bislang überschaubar und noch deutlich ausbaufähig.

Für den Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien, Philipp Vohrer, zeigen die Ergebnisse der Studie die wachsende Bedeutung dezentraler Versorgungsstrukturen in Deutschland. „Mit der Energiewende bieten sich Chancen, Beteiligungsmodelle und in anderen Bereichen bewährte, genossenschaftliche Strukturen verstärkt auch in der Energiewirtschaft zu etablieren. Das gilt für Windkraftanlagen ebenso wie für Solarstrom und die Energiegewinnung aus Biogas“, unterstreicht Vohrer.

### **Wachsende Bedeutung von Privatpersonen bei der Umsetzung der Energiewende**

Für Vohrer spielen die Privatpersonen bei der Umsetzung der Energiewende in den kommenden Jahren eine Schlüsselrolle. „Bürgerinnen und Bürgern bietet die Energiewende zunehmende Möglichkeiten, die Energieversorgung in die eigene Hand zu nehmen und am Aufschwung der regenerativen Energieproduktion teilzuhaben. Dies fördert die Akzeptanz in der Bevölkerung“, so Vohrer.

Die vollständige Studie „Marktakteure – Erneuerbare-Energien-Anlagen“ finden Sie [hier](#).

**Quelle und weitere Informationen:** Agentur für Erneuerbare Energien,

[www.unendlich-viel-energie.de](http://www.unendlich-viel-energie.de)

---

## **Marktanreizprogramm für Erneuerbare Energien noch nicht ausgeschöpft**

Es stehen noch Fördermittel zur Verfügung

**Für die Förderung energetischer Maßnahmen in Bestandsgebäuden (Solarthermie- oder Biomasseanlagen sowie Wärmepumpen) stehen noch ausreichend Fördermittel bereit, meldet das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Die für das Jahr 2011 bereitgestellten Mittel wurden bislang nur zu einem geringen Teil abgerufen. Momentan bestehe also kein Grund zur Sorge oder Zurückhaltung gegenüber einer Antragstellung, so das BAFA.**

Bis zum Jahresende 2011 werden somit Solarkollektoren zur kombinierten Warmwasserbereitung und Raumheizung mit 120 Euro je Quadratmeter gefördert. Wer gleichzeitig den bisher betriebenen Heizkessel ohne Brennwerttechnik durch einen neuen Brennwertkessel nach Energieeinsparverordnung mit Brennstoff Öl oder Gas ersetzt, erhält den Kesseltauschbonus in Höhe von 600 Euro.

Der Kombinationsbonus in Höhe von 600 Euro kann ausgezahlt werden, wenn neben einer Solarkollektoranlage eine Biomasseanlage oder eine Wärmepumpenanlage errichtet wird.

Wichtig ist, dass der Antrag für diese Maßnahmen spätestens bis zum 30.12.2011 beim BAFA eingegangen ist. Zum Jahreswechsel werden die genannten Fördersätze dann abgesenkt.

**Quelle und weitere Informationen:** Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA), [www.bafa.de](http://www.bafa.de)

---

## European Energy Colloquium

### Finanzierungsinstrumente für eine neue europaweite Energieinfrastruktur

**Im Oktober 2011 legte die Europäische Kommission ihr "Infrastrukturpaket" vor, das u.a. Vorschläge für die Finanzierung der geplanten Infrastrukturmaßnahmen enthält. Dieses Papier war der Ausgangspunkt für das European Energy Colloquium des Forums für Zukunftsenergien am 8. November 2011 in Brüssel.**

Der ehrenamtliche Vorsitzende des European Energy Colloquium, Prof. Dr. Michael Köhler (Kabinettschef des EU-Kommissars Günther Oettinger), stellte eingangs die Notwendigkeit und die Ausgestaltung der weit reichenden Kommissionspläne zum Infrastrukturausbau vor. Er verdeutlichte, dass der Ausbau von Gasfernleitungen und Stromnetzen der Schlüssel zur Erreichung der europäischen Klima- und Energieziele sei. Insgesamt würden in den nächsten zehn Jahren ca. 200 Milliarden Euro für den Bau von Gasfernleitungen und Stromnetzen benötigt. Das entspreche gegenüber dem Zeitraum 2000 - 2010 einer Zunahme der Investitionen im Gasbereich von ca. 30 % und im Strombereich von ca. 100 %. Soweit zurzeit abzusehen, sei davon auszugehen, dass diese Investitionen nicht oder nicht rechtzeitig realisiert werden. Als Gründe dafür benannte Köhler nur schleppend erteilte Baugenehmigungen und die fehlende Rentabilität einiger Investitionen.

Die Kommission beabsichtige deshalb, eine Reihe von Projekten von "gemeinsamem Interesse" auszuwählen. Für sie solle ein erleichtertes, schnelleres und transparenteres Genehmigungsverfahren gelten und EU-Mittel bereitgestellt werden. Für den Zeitraum 2014 - 2020 seien für die Energieinfrastruktur 9,1 Milliarden EU-Mittel in Form von Zuschüssen, projektbezogenen Anleihen oder Sicherheiten vorgesehen.

An diese auszuwählenden Projekte würde eine Reihe von Anforderungen gestellt. So müssten sie wirtschaftlich, sozial und ökologisch tragfähig sein und mindestens zwei Mitgliedstaaten einbeziehen. Darüber hinaus sollten sie die Versorgungssicherheit stärken, die Marktintegration ermöglichen, den Wettbewerb fördern, die Flexibilität des Systems gewährleisten und die Übertragung der aus erneuerbaren Quellen erzeugten Energie zu den Zentren des Verbrauchs und den Speicherstandorten sicherstellen.

Die Auswahl erfolge zunächst auf regionaler Ebene von einer Regionalgruppe, anschließend treffe die Kommission die endgültige Entscheidung über die EU-weite Liste der Projekte von gemeinsamem Interesse. Die erste Liste werde am 13.7.2013 beschlossen und dann alle zwei Jahre aktualisiert. Projekte dieser Liste würden in jedem Fall das schnellere Genehmigungsverfahren in Anspruch nehmen und außerdem finanzielle Zuschüsse beantragen können. Diese finanzielle Unterstützung käme allerdings nur für solche Projekte in Frage, die sich nachweislich nicht selbst tragen können.

Im Falle einer Förderung finanziere die EU bis zu 50 % der Kosten für Studien und Arbeiten und unter außergewöhnlichen Umständen bis zu 80 % bei Projekten, die für die regionale oder EU-weite Versorgungssicherheit entscheidend sind, innovative Lösungen erfordern und bereichsübergreifende Synergien liefern. Als Finanzierungsinstrumente kämen hierbei Aktieninstrumente (z.B. Investmentfonds) und Risikoteilungsinstrumente (z.B. Darlehen, Bürgschaften und projektbezogene Anleihen) in Frage.

Prof. Köhler äußerte die Erwartung, dass die entsprechende Verordnung Ende 2012 vom Europäischen Parlament und dem Rat angenommen werde und Anfang 2013 in Kraft trete. Dr. Christian Schneller (Leiter Recht + Public Affairs, TenneT TSO GmbH) stellte die Herausforderungen des Höchstspannungsnetz-Ausbaus aus der Sicht eines Übertragungsnetzbetreibers dar und bezog zu den Plänen der Europäischen Kommission Stellung. Der Netzausbau sei zukünftig der entscheidende Faktor mit immensem Kapitalbedarf. Allein im Offshore-Bereich in Deutschland sei TenneT Investitionsverpflichtungen in Höhe von ca. 5 Mrd. EUR eingegangen. Weitere Investitionen in der Höhe von 9

bis 11 Mrd. EUR in Deutschland und den Niederlanden seien geplant. Die Dimension dieser Beträge werde deutlich, wenn ihr der Kaufpreis des Netzes von 885 Mio. EUR gegenübergestellt werde.

Nach einem "A- mit Anmerkungen"-Rating der Agentur Standard & Poor's und der Begebung von zwei Anleihen i.H.v. je 500 Mio. EUR im Februar 2011 sei es wichtig, externe Eigenkapitalgeber zu akquirieren. Ein entscheidender Faktor sei dabei die Eigenkapitalrendite. Mit Blick auf die Regulierung machte Dr. Schneller darauf aufmerksam, dass über die Angemessenheit von EK-Rendite und Regulierungsrahmen durch den Regulierer der Markt entscheide. Aufgrund der entscheidenden Frage der Eigenkapitalfinanzierung sah er die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Finanzierungsinstrumente kritisch.

Die Ausführungen von Prof. Köhler und Dr. Schneller wurden im Anschluss mit den Abgeordneten des Europäischen Parlaments Herbert Reul (EVP) und Holger Kraemer (ALDE) unter der Moderation der Geschäftsführerin des Forums für Zukunftsenergien e.V., Dr. Annette Nietfeld, diskutiert. Die Präsentation von Dr. Schneller steht auf der Homepage des Forums für Zukunftsenergien zum Download bereit.

Das Forum für Zukunftsenergien ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verband gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

**Mehr im Internet:** [www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)

## Land Brandenburg

### Die regionalen Energiekonzepte nehmen Gestalt an

Christoffers schaltet erste Ergebnisse des regionalen Energiekonzepts frei



**Die Ziele der Energie- und Klimaschutzstrategie 2020 können nur gemeinsam mit den Regionen des Landes umgesetzt werden. Deswegen hatte Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers im Herbst 2010 landesweit für die Erarbeitung regionaler Energiekonzepte geworben und die Unterstützung der Landesregierung bei der Erarbeitung und Umsetzung der Regionalkonzepte zur Steigerung der Energieeffizienz und stärkeren Nutzung regenerativer Energien angeboten.**

Alle Regionalen Planungsgemeinschaften im Land Brandenburg haben dieses Angebot angenommen, mittlerweile liegen erste Ergebnisse der regionalen Planungsgemeinschaft Uckermark-Barnim vor. Minister Christoffers hat die Internetseiten bei einem Besuch in Eberswalde am 14.11.2011 freigeschaltet: [www.uckermark-barnim.de](http://www.uckermark-barnim.de).

### Akzeptanz für energiepolitische Projekte in den Regionen erhöhen

„Für die engagierte Arbeit der Regionalen Planungsgemeinschaften möchte ich mich bedanken. Der neue Ansatz, den Planungsgemeinschaften die Entwicklung und Umsetzung regionaler Energiekonzepte zu übertragen, hat sich bewährt. Dies trägt auch wesentlich dazu bei, die energiepolitischen Ziele der Landesregierung in allen Teilen des Landes zu vermitteln und erhöht damit auch die Akzeptanz für die energiepolitischen Projekte, die wir in Zukunft umsetzen müssen“, sagte Minister Christoff-

fers in Eberswalde. Mit den fünf geplanten regionalen Energiekonzepten sei im Land Brandenburg und damit erstmals in Deutschland gelungen, alle Regionen eines Bundeslandes zu vereinen, führte der Minister weiter aus. „Das ermöglicht uns, flächendeckend energiepolitische Akzente zu setzen.“

Mit insgesamt rund einer Million Euro aus dem RENplus-Programm unterstützt das Land das Engagement der Regionen in einer zweijährigen Einarbeitungszeit. Die Zuwendungsbescheide hat Minister Christoffers im Januar dieses Jahres gemeinsam mit Umweltministerin Anita Tack und Infrastrukturmminister Jörg Vogelsänger an die Spitzen der Regionalen Planungsgemeinschaften übergeben.

### **Die Rolle der Planungsgemeinschaften**

Die regionalen Energiekonzepte der fünf Planungsgemeinschaften (Oderland-Spree, Uckermark-Barnim, Lausitz-Spreewald, Havelland-Fläming und Prignitz-Oberhavel) sollen eine räumlich differenzierte Bestandsaufnahme der Energiebereitstellung und des Energieverbrauchs, die Erstellung von Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanzen und die Ermittlung der regionalen Potenziale zur Energieeinsparung umfassen. Auf der Basis der Bestandsaufnahme sollen dann energiepolitische Leitbilder und Zielvorgaben für die jeweilige Region erstellt werden.

Dabei setzt die Landesregierung auf die Koordinierungsfunktion der Regionalen Planungsgemeinschaften, da sie nicht nur Kenner ihrer jeweiligen Region sind, sondern dort auch die politischen Kräfte der Region vertreten sind. Zusätzlich wurde zur Steuerung des Prozesses eine Arbeitsgruppe unter Leitung der ZukunftsAgentur Brandenburg eingerichtet, in der die Planungsgemeinschaften und bei Bedarf auch die beteiligten Ressorts der Landesregierung berät.

**Mehr im Internet:** [www.uckermark-barnim.de](http://www.uckermark-barnim.de)

---

## **6. Fachtagung Biogas 2011**

Das neue EEG – Chancen und Risiken für Biogas in Brandenburg

**Die diesjährige Biogasfachtagung wurde bereits zum 6. Mal in Folge vom Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, der Brandenburgischen Energie-Technologie-Initiative (ETI) und dem Landesbauernverband durchgeführt. Die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die ab 1.1.2012 in Kraft tritt, stand dabei im Fokus.**



Ministerin Tack während ihres Grußwortes zur Fachtagung Biogas

Für das Grußwort konnte erstmals die Hausspitze des zuständigen Ministeriums gewonnen werden. Frau Tack, Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, stellte den Beitrag von Biogas in der Energie- und Klimaschutzpolitik des Landes dar und unterstrich die Bedeutung einer europäischen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.

Im ersten Fachvortrag ging Dr. Günter Hälsig, Abteilungsleiter für Umwelt, Klimaschutz und Nachhaltigkeit im gleichen Hause, auf die gesellschaftliche Akzeptanz als Eckpfeiler für die Weiterentwicklung der Energiestrategie bis 2030 ein. Er verwies auf noch ungenutzte Biomassepotenziale und erläuterte die Position Brandenburgs zu den Neuregelungen des EEG im Bereich Biomasse. Neben einer grundsätzlichen Zustimmung zur Änderung der Vergütungsregelungen wurden insbesondere die restriktiven Bedingungen zur Wärmenutzungspflicht und die Aufhebung des Ausschließlichkeitsprinzips zum Einsatz von Bioabfällen kritisch gesehen.

Dr. Bernhard Dreher vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gab einen Einblick auf Zielstellungen zum Ausbau Erneuerbarer Energien im Energiekonzept der Bundesregierung und zu wirtschaftlichen Impulsen des neuen EEG. Er hob hervor, dass die bundesweit als groß geltenden Anlagen in Brandenburg für die Energiewende notwendig seien und tendenziell eine Besserstellung von Biomethananlagen gegenüber der Vor-Ort-Verstromung eintreten wird.

Wie das neue EEG aus der Sicht des Fachverbandes Biogas einzuschätzen ist, stellte Volker Schulze vom Regionalbüro Ost dar. Neben einer Vorstellung des Biogasfachverbandes und aktueller Branchenzahlen ging es um die konkreten Änderungen des EEG und die Position des Biogasfachverbandes. Insgesamt wird zwar von einer Weiterentwicklung der Branche ausgegangen, aber mit einer spürbaren Verringerung des Zubaus gerechnet.

Mit ökologischen Auswirkungen der Biogasgewinnung im Land Brandenburg befasste sich Carsten Linke aus dem Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz. Er ging insbesondere auf die Beeinträchtigung von Wasser, Boden und Biodiversität durch die Zunahme des Maisanbaus ein und stellte die Frage nach einem Interessensausgleich zwischen Bioenergie und Biodiversität. Gleichzeitig wies er auf die wachsende Funktion von Biogas als Ausgleichsenergie und eine effiziente Energiegewinnung in Biomethananlagen hin.

Der Praxisblock am Nachmittag war für Erläuterungen zu den neuen Herausforderungen des EEG, zur Produktion und Einspeisung von Biomethan und zu Innovationen in der Biogaserzeugung vorgesehen. Dr. Matthias Plöchl stellte die gesetzliche Neuregelung zur Wärmenutzungspflicht, die Folgen der Nichteinhaltung und entsprechende Ausnahmefälle dar.

Im zweiten Teil seines Vortrages ging er auf verschiedene Möglichkeiten der Wärmenutzung, wie Wärmenetze, Aquakulturen oder Holz Trocknung ein.

Dass der so genannte „Maisdeckel“ gegenwärtig als Bremsklotz, in 10 bis 20 Jahren jedoch als Anschlag zu betrachten ist, wurde von Dr. Karsten Lorenz aus der Sicht des Landesbauernverbandes erläutert. Die neue Forderung nach Begrenzung des Inputs von Mais und Getreide auf 60 Masseprozent ist aus pflanzenbaulicher Sicht zu begrüßen. Als Folge muss jedoch mit einem erhöhten Flächenbedarf bis zu 20 Prozent für Biogasanlagen gerechnet werden. Standortangepasste breitere Fruchtfolgen sind nach Ansicht des Referenten nur zu erreichen, wenn Zwischenfrüchte verstärkt angebaut werden und die Züchtung von alternativen Fruchtarten wie energiereichen Gräsern oder mehrjährigen Kulturen vorangetrieben wird.

Das komplexe Thema der verpflichtenden Marktprämie ab 1.1.2014 für Biogasanlagen größer 750 kW wurde von Alexander Krautz aus dem Deutschen BiomasseForschungsZentrum Leipzig aufbereitet. Im Mittelpunkt stand die Notwendigkeit einer bedarfsgerechten Energiebereitstellung Erneuerbarer Energien und die Eignung von Bioenergie zur Bereitstellung von Systemdienstleistungen. Rene Walter vom Fachverband Biogas ging auf Nutzungsmöglichkeiten von Biomethan und Änderungen des EEG zur Gaseinspeisung ein. Er schätzte ein, dass sich der Gaseinspeisebonus erhöht hat. Der Zubau von Biomethananlagen werde sich auf Grund erheblich komplexerer Nachweissysteme und gesunkener Transparenz jedoch nur moderat gestalten.

Die Vorstellung innovativer Verfahren in der Biogaserzeugung vom Leibniz-Institut für Agrartechnik Potsdam-Bornim (ATB) ist bereits Tradition. Jörn Budde informierte umfassend über Optimierungspotenziale entlang der Biogasprozesskette. Sie reichen von der Aufbereitung der Inputstoffe über Möglichkeiten zur Nutzung von Grünlandaufwuchs bis zu Enzymzugaben, neuen Verfahren wie Thermodruckhydrolyse, neuen Fermentern wie zweiphasigen Bioleaching-Anlagen und Biokohle aus Gärresten. An die Politik ging die Botschaft, die regionale Bioenergieberatung zu erhalten und Demonstrationsprojekte zu unterstützen.

Zusammenfassend wurde deutlich, dass Biogas im Energiekonzept des Bundes und in der Energiestrategie des Landes eine wachsende Rolle zur bedarfsgerechten Energiebereitstellung zukommt. Unter den Bedingungen des EEG 2012 wird sich der Anlagenzubau voraussichtlich moderat und mit

Schwerpunkt auf Biomethananlagen weiterentwickeln. Dabei muss zunehmend auf gesellschaftliche Akzeptanz und umweltfreundliche Lösungen beim Anbau von Energiepflanzen, bei der Verwertung von Reststoffen und beim Anlagenbetrieb geachtet werden.

**Quelle:** MUGV; Sabine Blossey

**Grußwort der Ministerin:** [www.mugv.brandenburg.de](http://www.mugv.brandenburg.de)

---

## Feierliche Einweihung des Solarparks Oranienburg

IFE Eriksen AG speist erzeugten Strom in das Netz der Stadtwerke ein

**Bereits seit dem Sommer 2011 am Netz, fand nun die offizielle Einweihung des Solarparks Oranienburg statt. Katherina Reiche, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, sowie Jacobus Smit, Vorstand der IFE Eriksen AG, und Bürgermeister Hans-Joachim Laesicke durchschnitten das Band zum Solarpark.**

Der Solarpark erzeugt mit einer installierten Leistung von 7,8 MW jährlich rund 7,3 Mio. kWh Strom. Das entspricht dem Bedarf von 1.600 Vier-Personen-Haushalten. Er bedeckt dabei eine Fläche von 17 Hektar. Die Flächen gehören zu einem ehemaligen Militärflugplatz.

Da er im 2. Weltkrieg stark bombardiert wurde, musste die Firma IFE Eriksen AG umfangreiche Munitionsbergungsarbeiten durchführen lassen, bis die Kampfmittelfreiheit bescheinigt wurde.



Der neue Solarpark Oranienburg

Wo sich bis vor kurzem noch ungenutztes Brachland befand, produzieren nun 33.000 Solarmodule umweltfreundlichen Strom. „Wir freuen uns, dass wir der Stadt Oranienburg helfen konnten, diese Konversionsfläche zu sanieren und dass wir sie einer wirtschaftlichen und umweltfreundlichen Nutzung zuführen konnten“, erklärt Jakobus Smit, Vorstandsmitglied der IFE Eriksen AG. Der Solarpark leistet einen weiteren Beitrag zur Erreichung der klimapolitischen Ziele des Landes Brandenburg. „Klimaschutz ist eine Angelegenheit, die vor Ort geregelt werden muss“, erklärte Bürgermeister Hans-Joachim

Laesicke. Er verwies weiter auf Investitionen städtischer Unternehmen in Wärmedämm- und andere Maßnahmen zum Energiesparen, auf das Blockheizkraftwerk der Stadtwerke und auf die direkt von der Stadt realisierten Energiesparprojekte.

Der Strom, den der Solarpark Oranienburg produziert, wird in das Netz der Stadtwerke Oranienburg eingespeist. Während der Eröffnungsfeierlichkeiten unterschrieben Vertreter der IFE Eriksen AG und der Stadtwerke Oranienburg den Einspeisevertrag.

Die IFE Eriksen AG mit Sitz in Oldenburg ist Spezialist im Bereich der Erneuerbaren Energien. Neben Solarparks mit insgesamt 20 MW Leistung zeichnet die IFE Eriksen AG verantwortlich für die Errichtung von Windparks mit über 130 MW installierter Leistung.

**Mehr im Internet:** [www.ife-eriksen.de](http://www.ife-eriksen.de)

---

## Energiequelle GmbH erhält Preis der IHK Potsdam

Lohn für Verdienste beim Aufbau erneuerbarer Energieträger

Das Zossener Unternehmen „Energiequelle GmbH“ aus der Erneuerbaren-Energien-Branche wurde zu einem der vier Gewinner des diesjährigen CAI-Unternehmenspreises der Industrie- und Handelskammer (IHK) Potsdam.



Gala zur Verleihung des CAI-Preises der IHK Potsdam (Foto: IHK Potsdam)

Michael Raschemann, der Geschäftsführer des Zossener Unternehmens, nahm den diesjährigen CAI-Unternehmenspreis in der Sparte Nachhaltigkeit aus den Händen des IHK-Präsidenten Dr. Stimming entgegen. Das Unternehmen wird damit für seine Verdienste beim Aufbau einer ausschließlich auf erneuerbaren Energieträgern basierenden Energieversorgung im Treuenbrietzener Ortsteil Feldheim gewürdigt.

Das „energiepolitische Schaufenster Brandenburgs“ (Brandenburgisches Wirtschaftsministerium) produ-

ziert seit 2010 seine Wärme und seinen Strom selbst und ausschließlich aus regenerativen Quellen; der Ortsteil hat sich damit unabhängig von den großen Energiekonzernen gemacht.

„Wichtiger Teil unserer Unternehmensphilosophie ist es, bei unseren Projekten die Bürgerinnen und Bürger von vornherein einzubinden, nachhaltige Energieversorgungskonzepte mit den und für die Kommunen zu entwickeln und somit eine hohe Akzeptanz für die Erneuerbaren Energien anzustreben. Diese Auszeichnung ist eine Bestätigung für unser vergangenes Tun und ein Ansporn dafür, auch künftig nach Kräften dazu beizutragen, dass das Land Brandenburg bei der Energiewende eine gewichtige Rolle spielt“, so Raschemann.

Der CAI-Unternehmenspreis wird seit 2009 alljährlich von der IHK Potsdam in den Kategorien Innovation, Wachstum, Nachhaltigkeit und gesellschaftliches Engagement verliehen. Allein für die diesjährige Auflage musste die hochkarätig besetzte Jury von Vertretern aus Wirtschaft und Wissenschaft die schwierige Aufgabe bewältigen, aus 110 Bewerbungen die vier Sieger zu ermitteln.

Die 1997 von Michael Raschemann und Joachim Uecker gegründete Energiequelle GmbH plant, projektiert und errichtet in Deutschland und weiteren europäischen Ländern schlüsselfertige Windenergieanlagen, Biogasanlagen, Solaranlagen sowie Umspannwerke zur Einspeisung des umweltfreundlich erzeugten Stromes in die Elektrizitätsnetze. Das im Zossener Ortsteil Kallinchen beheimatete Unternehmen engagiert sich insbesondere in der dezentralen kommunalen Energieversorgung.

Mehr im Internet: [www.energiequelle-gmbh.de](http://www.energiequelle-gmbh.de); [www.potsdam.ihk24.de](http://www.potsdam.ihk24.de)

---

### 3. Schulung zu großen Solarwärmeanlagen erfolgreich durchgeführt



ZAB Energie (EnergieSpar-Agentur des Landes Brandenburg) organisierte die dritte Planerschulung, die im Rahmen der Aktivitäten des Kompetenzzentrums Große Solarwärmeanlagen Region Ost am 25.10.2011 im Zentrum für Gewerbeförderung der Handwerkskammer Potsdam stattfand.

Vor 13 Teilnehmerinnen und Teilnehmern referierte Timo Leukefeld über die Anwendung von großen Solarwärmeanlagen. Neben einem technologischen Überblick wurden die Grundlagen der Anlagendimensionierung, Komponenten der Systemtechnik, Kollektormontagearten, Hinweise auf die Vermeidung typischer Planungsfehler, architektonische Integration anhand von realisierten Anlagen vermittelt. Insbesondere die aufgezeigten realisierten Beispiele der Sonnenhäuser, zum Teil mit einem solaren Deckungsgrad von über 60 %, beeindruckten die Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den Ingenieurbüros.

### **Solarenergie verstärkt bei Mehrfamilienhäusern und Gewerbebetrieben einsetzen**

Die Nutzung der Solarenergie zur Trinkwassererwärmung und Heizungsunterstützung bietet erhebliche Potentiale zur Einsparung von fossiler Energie. Ihr Einsatz beschränkt sich bisher jedoch fast ausschließlich auf Ein- und Zweifamilienhäuser – der wirtschaftlich interessantere Einsatz in Mehrfamilienhäusern oder Gewerbe findet dagegen nur vereinzelt statt.

Das „Kompetenzzentrum für große Solarwärmeanlagen Ost“, gefördert durch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, baut durch regionale Beratungen, Informationsverbreitungen und Schulungen Informationsdefizite ab. Es ist Anlaufstelle für interessierte Eigentümer, Projektentwickler und Planer. Langfristiges Ziel ist es, in der Region Ostdeutschland zum Bau von großen Solarwärmeanlagen beizutragen und so den Anteil an Solarwärme, bzw. erneuerbaren Energien auszubauen.



Die ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH unterstützt das Kompetenzzentrum als Partner.

**Beratungshotline des Kompetenzzentrums große Solarwärmeanlagen Ost  
030 - 29 33 30- 501**

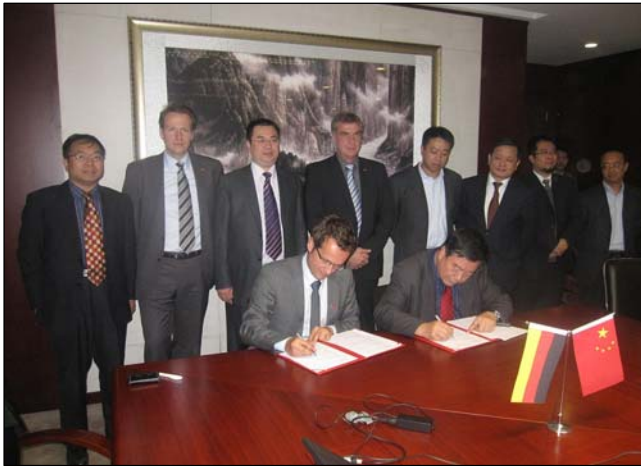
---

## **Brandenburg und China beschließen engere Zusammenarbeit bei den Erneuerbaren Energien**

**Mit einer gemeinsamen Absichtserklärung wollen die ZukunftsAgentur Brandenburg GmbH und der Dachverband der erneuerbaren Energien in China, die China Renewable Energy Society (CRES), die Zusammenarbeit im Bereich der Erneuerbaren Energien ausbauen.**

Rolf Strittmatter, Geschäftsführer der ZAB, und Shi Dinghuan, Präsident der CRES, haben das Memorandum of Understanding auf der China-Unternehmerreise der ZAB Ende Oktober 2011 im Beisein von Ralf Christoffers, Minister für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg, in Peking unterzeichnet. Beide Seiten verständigten sich darauf, sich gegenseitig bei Unternehmensansiedlungen, Messe- und Firmenbesuchen zu unterstützen. Die beiden Partner wollen Kooperationen zwischen Unternehmen, Forschungs- und Hochschuleinrichtungen beider Länder fördern, sowie sich für Investitionen und den Technologietransfer einsetzen. Zudem vereinbarten sie, sich über den Ausbau Erneuerbarer Energien, den Umbau der Energiesysteme und über die dafür notwendige gesellschaftliche Akzeptanz auszutauschen.

Christoffers, Strittmatter und Shi betonten das große Potenzial für eine enge Zusammenarbeit. „Beim Ausbau der erneuerbaren Energien ist Brandenburg das führende Bundesland Deutschlands“, sagte Shi. „Wir können viel voneinander lernen.“ Christoffers lobte die Vorgaben der chinesischen Regierung, bis 2015 massiv in den Klimaschutz und in den Ausbau der erneuerbaren Energien zu investieren.



Dr. Rolf Strittmatter, Geschäftsführer der ZAB, und Prof. Shi Dinghuan, Präsident des Dachverbands der erneuerbaren Energien in China, unterzeichnen das MoU im Beisein von Minister Christoffers.

China ist Brandenburgs wichtigster Handelspartner in Asien. Im Jahr 2010 konnten Brandenburger Unternehmen ihr Exportvolumen nach China um 17,6 % steigern. Das Team Außenwirtschaft und Europa-Service der ZAB unterstützt Unternehmen aus Brandenburg bei der Erschließung neuer Absatzmärkte im Ausland, auch in China.

Brandenburger Unternehmen und Einrichtungen sind in China bereits mit mehreren Projekten der erneuerbaren Energien erfolgreich vertreten. So bestehen in der Provinz Shandong zwei Joint-Ventures zur Produktion von Solarmodulen. Auf der anderen Seite haben chinesische Unternehmen beispielsweise in Brandenburger Solarunternehmen investiert.

**Weitere Informationen:** ZukunftsAgentur Brandenburg, [www.zab-brandenburg.de](http://www.zab-brandenburg.de)

## 2. Brandenburger Wirtschaftstage in der Region Centru/Rumänien

Auch hier Schwerpunkt bei den Erneuerbaren Energien

**Die Zweiten Brandenburger Wirtschaftstage in der rumänischen Planungsregion Centru fanden vom 17. bis 20. Oktober 2011 statt. Die Schirmherrschaft hatte das Brandenburgische Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten. Die brandenburgische Delegation wurde von der Ministerin für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Frau Anita Tack, geleitet.**

Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, Germany Trade & Invest, hatte in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg am 17.10.2011 die Auftaktveranstaltung organisiert; eine Unternehmerbörse in Braşov (Kronstadt). Unterstützt wurde sie dabei von der IHK Braşov. Die Vorbereitung und Durchführung aller Veranstaltungen während der Brandenburger Wirtschaftstage wurde vor Ort von der Agentur für Regionalentwicklung Centru aktiv begleitet.

Eine Vielzahl von Veranstaltungen und noch mehr Gespräche prägten wieder die Wirtschaftswoche. In den Gesprächen mit dem Präsidenten der IHK Braşov und mit dem Präsidenten des Deutschen Wirtschaftsclubs Kronstadt standen u.a. Kooperationen im Bereich der Erneuerbaren Energien, insbesondere Biomasse und Photovoltaik, im Mittelpunkt. Da kürzlich auch für Rumänien ein Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien in Kraft getreten ist, treffen diese Themen derzeit verstärkt auf das Interesse der Wirtschaftsfachleute. Weiterhin standen Fragen der Energieeffizienz im Fokus der rumänischen Kollegen. Die Stadt Braşov stellt gerade auf eine hochmoderne, effiziente Straßenbeleuchtung um.

Ein Bestandteil der Woche war das Fachseminar Erneuerbare Energien am 18.10.2011 in Sf. Gheorghe (Sankt Georgen), unweit von Braşov. Hierbei ging es den über 35 Teilnehmern vor allem um regionale und lokale Strategien für erneuerbare Energien. Vorgestellt wurden die Cluster, die aus Vertretern von Firmen, öffentlichen Einrichtungen und Forschungsinstitutionen zusammengesetzt sind.



Während des Fachseminars Erneuerbare Energien in Sfântu Gheorghe, im Präsidium u.a. Anita Tack und Dr. Birgit Schliwenz (Foto: J. Liebe)

Diese Cluster gibt es in den Bereichen Grüne Energien, Lebensmittelverarbeitung und Holzproduktion sowie -verarbeitung. Die Cluster sollen die Firmen unterstützen und zugleich durch die Nähe zu Forschung und Verwaltung Synergieeffekte nutzen. Die Cluster agieren über die Kreise und die Planungsregion Centru hinaus.

Nach Auskunft der teilnehmenden Firmen haben die zweiten Wirtschaftstage die Erwartungen und die Ergebnisse der ersten Wirtschaftstage 2010 noch übertroffen. Die Firmengespräche und Kontakte liefen sehr gut. Die rumänischen Firmen waren gut vorbereitet und formulierten konkrete Fragen und Angebote.

Es kristallisierten sich zudem Schwerpunkte heraus, auf die sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Regionen konzentrieren kann und wird:

- Erzeugung, Nutzung und Verbreitung von erneuerbaren Energien; die Region Centru hat sehr gutes Potential für Solartechnik und aufgrund der umfangreichen Brachflächen und der Viehwirtschaft ein großes Potenzial für Biomasse- und Biogaserzeugung;
- Innenstadtentwicklung, insbesondere die Bewahrung des städtebaulichen Erbes sowie die Nutzung und Inwertsetzung historischer Stadtkerne;
- Transnationale Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen von LEADER;
- Zusammenarbeit im Bereich der Forstwirtschaft;
- Entwicklung von Arbeitskräftepotenzialen.
- Weiterhin: Tourismusentwicklung, Umweltwirtschaft, Naturschutzbelange und Gesundheitswirtschaft.

Quelle und weitere Informationen im Internet: [www.mancomgmbh.de](http://www.mancomgmbh.de)

## PVcomB – Leitprojekt des Clusters Energietechnik

Innovative Solarzellentechnologie für die Praxis

**Das Kompetenzzentrum Dünnschicht- und Nanotechnologie für Photovoltaik Berlin (PVcomB) bildet eine Schnittstelle zwischen Forschung und Industrie. Damit fördert es den Transfer neuer Ideen aus der Photovoltaik-Forschung in die industrielle Umsetzung.**

Das PVcomB haben das Helmholtz-Zentrum Berlin und die Technische Universität Berlin (TUB) 2007 gemeinsam gegründet. Ziel des Kompetenzzentrums: Dünnschichtsolarzellen sollen durch effizienten Technologie- und Wissenstransfer schneller in die industrielle Anwendung gebracht werden. Am PVcomB werden Produktionstechniken zur Herstellung von Dünnschichtmodulen aus Silizium- und CIGS (Kupfer-Indium-Gallium-Sulfid/Selenid) entwickelt und erprobt. Hierfür betreibt das PVcomB zwei Forschungslinien, an denen mit industrienahen Technologien Module mit einer Größe von 30 x 30 cm produziert werden.

Die Module schließen damit eine Lücke zwischen den kleinen, manchmal nur wenige Quadratmillimeter messenden Laborzellen und den großen, oftmals mehrere Quadratmeter messenden Industriemodulen. „Damit bilden wir eine direkte Brücke zwischen der Grundlagenforschung und der Industrie. So

können wir die Unternehmen unterstützen, sowohl mit Forschungsergebnissen als auch mit qualifiziertem Personal“, erläutert Dr. Rutger Schlatmann, Direktor des PVcomB. „Gleichzeitig fließen die Fragen und Herausforderungen aus der Industrie direkt in unsere Forschung ein.“

Geringer Energie- und Materialverbrauch und eine großflächige Produktion sind nur einige der Vorteile der Dünnschicht-Photovoltaik, die nach Experten-Meinung zu niedrigeren Kosten für Solarstrom führen. Man geht davon aus, dass die Dünnschicht-Technologie in den nächsten Jahren einen überproportional wachsenden Anteil am weltweiten PV-Markt ausmachen wird. „Am PVcomB engagieren wir uns mit unseren Partnern aus den Universitäten, Hochschulen in Berlin und Brandenburg sowie aus der Industrie dafür, die Anwendung der Dünnschicht-Photovoltaik erheblich zu steigern“, sagt Prof. Dr. Anke Kaysser-Pyzalla, wissenschaftliche Geschäftsführerin des HZB. „Die Forscher im HZB arbeiten dafür jetzt schon an der übernächsten Generation von Solarzellen, die wir später über das PVcomB zur Marktreife bringen werden.“ Der Technologie- und Wissenstransfer erfolgt in gemeinsamen Forschungsprojekten des PVcomB mit industriellen Partnern und durch die Ausbildung von hochqualifizierten Fachkräften.

### Die Förderung zeigt erste Erfolge

Die Weichen für den Ausbau des Forschungszentrums wurden bereits gestellt. Im Mai 2009 erhielt das PVcomB den Zuschlag für die Förderung im Rahmen des Programms „Spitzenforschung und Innovationen in den neuen Ländern“. Das Programm wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit 12 Millionen Euro gefördert, der Senat Berlin fügt 25 Prozent der Fördersumme hinzu. „Mit der Förderung können wir das PVcomB mit unseren Partnern zügig ausbauen“, sagt Dr. Rutger Schlatmann. Zu den Partnern gehören die Universität Potsdam, die Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, das Joint Lab der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus und der Innovations for High Performance Microelectronics GmbH (Frankfurt/Oder), das DFG Forschungszentrum Matheon sowie das Forschungszentrum Jülich. „Zusätzlich zur Förderung durch BMBF und den Senat Berlin haben wir schon mehrere Millionen Euro an Industrieverträgen und -zusagen eingeworben“, ergänzt Schlatmann.



Am PVcomB werden Produktionstechniken zur Herstellung von Dünnschichtmodulen entwickelt und erprobt. Bei der Einweihung des PVcomB begutachtet Staatssekretär Schütte (BMBF, rechts) eines der ersten 30 x 30cm-Module.

Die ersten Erfolge haben nicht lange auf sich warten lassen: Bereits 2010 sind am PVcomB die ersten 30 x 30 Quadratmeter großen Glasmodule mit amorphem Silizium beschichtet worden, Anfang 2011 haben die Forscher erste funktionsfähige Zellen produziert. Die Deposition des Siliziums erfolgte an einer so genannten PECVD-Clusteranlage. PECVD steht für plasma enhanced chemical vapour deposition (plasmaunterstützte chemische Gasphasenabscheidung). Für industrielle Silizium-Anwendungen ist PECVD derzeit die Technik der Wahl. Am PVcomB bildet sie das Herzstück der Forschungslinie für Dünnschicht-Silizium, die gegenwärtig aufgebaut wird.

In dem Cluster-Tool werden hauchdünne Siliziumschichten auf Trägermaterialien wie Glas aufgebracht. Diese Materialkombination weist im Vergleich zur „klassischen“, auf Wafern basierenden Silizium-Technologie viele Vorteile auf. So sind Material- und Energieverbrauch deutlich niedriger. Allerdings wollen die Entwickler für Photovoltaik-Module dieser Art noch höhere Wirkungsgrade erreichen. Das PVcomB hat sich deshalb Wirkungsgradziele auf Weltrekordniveau gesetzt.

Für die CIGS Zellen, die ebenfalls am HZB und am PVcomB entwickelt und untersucht werden, sind die bislang erreichten Wirkungsgrade deutlich höher als bei Dünnschicht Silizium-Zellen. Für diese Technologie ist aber die industrielle Umsetzung, etwa Homogenität oder Prozessstabilität, noch nicht ganz so weit fortgeschritten. Auch auf diesem Gebiet wird das PVcomB einen wichtigen Beitrag liefern. Die enge Verbindung zu der längerfristig angelegten Grundlagenforschung am HZB ist auch hier eine Voraussetzung für den gewünschten Erfolg.

Mehr im Internet: [www.helmholtz-berlin.de](http://www.helmholtz-berlin.de)

---

## Platzeck: Verstärkt um Zustimmung für Energieumbau werben

Windtage des TÜV Rheinland in der Uckermark



**Ministerpräsident Matthias Platzeck sieht eine der zentralen Aufgaben für die Energiepolitik des Landes darin, bei den Brandenburgerinnen und Brandenburgern verstärkt um die Zustimmung für die notwendigen Veränderungen bei der Umstrukturierung der Energiesysteme zu werben.**

„Der Ausbau Erneuerbarer Energien bringt auch große Veränderungen für die Menschen“, so Platzeck bei der Veranstaltung „Windtage des TÜV Rheinland“ am 11.11.2011 in Dauerthal bei Prenzlau. „Sie müssen vieles neu denken, und unsere Aufgabe in der Politik ist, hier immer wieder für mehr Verständnis und manchmal auch für Einsicht zu werben.“

Der Ministerpräsident machte deutlich, dass Erneuerbare Energien nicht nur die Umwelt schonen, sondern auch wirtschaftliches Wachstum bedeuten. „Ökologie und Ökonomie sind hier keine Gegensätze. In Brandenburg sind mehr als 12.000 Arbeitsplätze in Industrie, Handwerk und Dienstleistungen durch Erneuerbare Energien entstanden. Allein in der Windenergiebranche waren nach den jüngsten Zahlen fast 5.000 Menschen beschäftigt“, sagte Platzeck.

Aus Windenergie wurde in Brandenburg 2010 eine Jahresenergieleistung von rund 7,5 Millionen Megawatt-Stunden (bei 2.952 Anlagen) produziert. Das entspricht einer Einsparung von rund 7,5 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>. Nach Niedersachsen liegt Brandenburg damit auf Platz zwei der wichtigsten Windenergiestandorte Deutschlands. Das größte Windenergiefeld Deutschlands liegt im brandenburgischen Havelland. Auf der Nauener Platte erzeugen 176 Windenergieanlagen auf einer Fläche von ca. 10.000 Hektar so viel Strom, dass es für über 170.000 Drei-Personen Haushalte reicht. Für diese energetischen Sehenswürdigkeiten gibt es jetzt eigens einen Baedeker-Reiseführer mit dem Titel „Deutschland. Erneuerbare Energien entdecken.“

---

## First Solar verdoppelt Produktion in Deutschland

Zweites Werk in Frankfurt (Oder) nimmt vollen Betrieb auf

**First Solar, der weltweit größte Hersteller von modernen Dünnschicht-Solarmodulen, hat am 3.11.2011 offiziell sein zweites Werk in Frankfurt (Oder) eröffnet. Gleichzeitig feierte das Unternehmen die Produktion des einmillionsten Moduls im neuen Werk. An der feierlichen Einweihung nahmen hochrangige Gäste teil, darunter Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck sowie Katherina Reiche, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium, Brandenburgs Wirtschafts- und Europaminister Ralf Christoffers und der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, Jürgen Trittin.**

Das neue Werk wird künftig auf einer Fläche von knapp 50.000 m<sup>2</sup> jedes Jahr Solarmodule mit einer Gesamtleistung von rund 250 Megawatt (MW) produzieren. First Solar verdoppelt damit die jährliche Kapazität in Deutschland auf rund 500 MW. Nach nur einjähriger Bauzeit und einer Investition von über 170 Millionen Euro hat die neue Produktionsanlage im Oktober plangemäß den vollen Betrieb aufgenommen. Die Zahl der Beschäftigten am Standort Frankfurt (Oder) hat sich bereits nahezu verdoppelt, von 650 auf mehr als 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



Bei der Einweihung des zweiten First Solar-Werkes in Frankfurt/Oder;  
Foto: First Solar, Mausolf

„Mit der Einweihung unseres zweiten deutschen Werkes in Frankfurt (Oder) nehmen wir Europas größte und modernste Produktionsstätte für fortschrittliche Dünnschicht-Module in Betrieb“, sagte Tymen DeJong, Senior Vice President Global Operations. „Unsere Investition zeigt: Deutschland ist ein wichtiger Markt für Solarenergie und Produktionsstandort für First Solar.“

Die neue Fabrik belegt den Lebenszyklus-Ansatz von First Solar im Produktionsprozess. First Solar produziert Strom auf den Hallendächern, wodurch der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck der Firma reduziert wird. First Solar hat als erstes Photovoltaikunternehmen freiwillig ein umfassendes, vorfinanziertes Rücknahme- und Recyclingprogramm für Module entwickelt und betreibt als Entsorgungsfachbetrieb eine Recyclinganlage in Frankfurt (Oder).

Nach den Worten von Matthias Platzek zeigt das neue Werk einmal mehr, dass Brandenburg ein exzellentes Umfeld für Unternehmen bietet: „First Solar passt gut nach Brandenburg. Bereits heute nehmen wir im Vergleich zu anderen Bundesländern einen führenden Platz bei Ausbau und Nutzung erneuerbarer Energien ein. Diese Spitzenposition wollen wir konsequent ausbauen und weiter dazu beitragen, dass Deutschland in der Welt zu den Ersten in Sachen Klimaschutz und Vereinbarkeit von Ökonomie und Ökologie gehört.“

First Solar, Inc. (Nasdaq: FSLR) fertigt Solarmodule mit Hilfe eines hoch entwickelten Halbleiter-Beschichtungsverfahrens, das die Kosten für Solarstrom deutlich reduziert. Dank der Möglichkeit, saubere und erneuerbare Energie kostengünstig zu produzieren, bietet First Solar eine wirtschaftliche Alternative zu konventionellem Strom und der damit verbundenen Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, Treibhausgas-Emissionen und stoßzeitabhängigen Netzanforderungen.

Mehr im Internet: [www.firstsolar.de](http://www.firstsolar.de)

## Fördermöglichkeiten, Ratgeber, Tipps, Termine

### Broschüre „Besonders sparsame Haushaltsgeräte 2011/12“



Auch in diesem Jahr können sich Verbraucher mit der neuen Broschüre „Besonders sparsame Haushaltsgeräte 2011/12“ direkt informieren, welche Haushaltsgeräte besonders sparsam sind. Die vom Niedrig Energie Institut erstellte 16-seitige Informationsbroschüre listet die aktuell sparsamsten in Deutschland lieferbaren Kühl- und Gefriergeräte, Wasch- und Spülmaschinen, Wäschetrockner und Wäschetrockner auf.

Elektrische Haushaltsgroßgeräte – Waschmaschinen, Wäschetrockner, Waschtrockenautomaten, Kühl- und Gefriergeräte, Geschirrspüler, Elektrobacköfen, Haushaltslampen und Raumklimageräte – werden im Handel mit einem europaweit einheitlichen Energieverbrauchsetikett ausgezeichnet. Das so genannte EU-Energielabel hat seit seiner Einführung in Deutschland 1998 wesentlich zur Steigerung der Energieeffizienz beigetragen. Das bisherige EU-Label – mit seiner grundsätzlichen Einteilung in die Energieeffizienzklassen A bis G – bietet in einigen Produktgruppen jedoch keine ausreichende Differenzierung hocheffizienter Geräte mehr. Aus diesem Grund haben sich die EU-Kommission, das EU-Parlament und der Rat der Europäischen Union auf eine Neugestaltung des Labels geeinigt.

Das neue EU-Label für Kühl- und Gefriergeräte, Waschmaschinen, Geschirrspüler und Fernsehgeräte kann seit Ende 2010 auf freiwilliger Basis verwendet werden. Verpflichtend wird die Kennzeichnung mit dem neuen Label dann ab dem 30. November 2011 (Kühl- und Gefriergeräte, Fernsehgeräte) bzw. 20. Dezember 2011 (Waschmaschinen, Geschirrspüler).

Das grundsätzliche Erscheinungsbild des EU-Labels bleibt weitgehend unverändert. Die Farbskala der Energieeffizienzklassen wird auch in Zukunft von Dunkelgrün (für die höchste Energieeffizienzklasse) bis Rot (für die niedrigste Energieeffizienzklasse) reichen.

Über die bislang „beste“ Energieeffizienzklasse A bzw. A++ hinaus wird nun für Kühl- und Gefriergeräte, Waschmaschinen und Geschirrspüler zusätzlich die Klasse A+++ vergeben werden. Für Fernsehgeräte wird die Klasse A als höchste Effizienzklasse gelten. Ebenfalls neu ist die Aufbereitung der produktspezifischen Informationen, wie z. B. der maximalen Geräuschentwicklung oder des Volumens. Diese Informationen werden auf dem überarbeiteten Label in Form von sprachneutralen Piktogrammen angegeben.

**Mehr im Internet:** [Broschüre „Besonders sparsame Haushaltsgeräte“](#) zum Download.

---

## Welche Stadtwerke investieren in erneuerbare Energien?

Umweltverband lobt Wettbewerb aus

**Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) lobt einen neuen Wettbewerb aus: „Vorreiter der Energiewende - Stadtwerke und erneuerbare Energien“. Mit dem Wettbewerb, der sich in zwei Phasen gliedert, möchte die DUH die Vorreiter dieser Entwicklung prämiieren und der Öffentlichkeit besonders erfolgreiche Strategien zum Ausbau der EE vorstellen.**

Die deutschen Stadtwerke haben 2010 ihre Stromerzeugung signifikant gesteigert und setzen dabei auf Erneuerbare Energien (EE) und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Das ist das Ergebnis einer Umfrage des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU). Nach den Angaben des VKU befinden sich aktuell 15.223 Megawatt (MW) installierter Leistung im Besitz kommunaler Erzeuger, ein Anstieg von rund neun Prozent im Vergleich zu 2009 (13.998 MW). Das entspricht einem Marktanteil von nahezu zehn Prozent. Für die kommunalen Versorger wird das Geschäftsfeld der Erneuerbaren Energien immer wichtiger, gerade auch angesichts ihrer Zielsetzung, ihren Marktanteil an der Stromerzeugung in Deutschland mittelfristig zu verdoppeln. Damit werden sie einen entscheidenden Beitrag zu Klimaschutz und Energiewende in Deutschland leisten.

### **Ranking: "Die Top Ten Stadtwerke - Erneuerbar" - Prämierung im Januar 2012!**

Ab sofort werden Stadt- und Gemeindewerke gesucht, die einen überdurchschnittlichen Anteil ihrer Stromerzeugung auf Basis Erneuerbarer Energien bereitstellen. Durch die Abfrage weniger Daten werden die zehn führenden Stadtwerke ermittelt. Diese zehn Stadtwerke werden im Januar 2012 der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Einsendeschluss für diese Abfrage zum Ranking ist der 30.11.2011.

## **Wettbewerb: „Vorreiter der Energiewende - Stadtwerke und erneuerbare Energien“ - Ausschreibung Frühjahr 2012**

Die Energiewende wird natürlich durch mehr als reine Steigerungsraten bestimmt. Wichtig sind beispielsweise die Integration von Erneuerbaren Energien ins Stromnetz, die Erforschung und Umsetzung von Speichertechnologien – aber auch die Kooperation von Stadtwerken, die dem Ausbau der Erneuerbaren Energien dient. Aus diesem Grund lässt die DUH im Frühjahr 2012 einen umfangreichen Wettbewerb folgen, bei dem die "Vorreiter der Energiewende" unter den Stadtwerken gesucht werden. Abgefragt werden dann u.a. Aspekte wie Investitionsschwerpunkte der Stadtwerke im Strom- und Wärmesektor oder Gesamtstrategien zur Einbindung von Erneuerbaren Energien in den vorhandenen Energiemix.

Dabei berücksichtigen wir die Größe und Wirtschaftskraft der teilnehmenden Werke. Prämiert werden die Stadtwerke auf den ersten drei Plätzen. Den Gewinnern winken attraktive Preise. Darüber hinaus wird Ihr Engagement beim Ausbau Erneuerbarer Energien in einer Publikation umfassend dokumentiert.

Unterlagen zum Ranking und zum Wettbewerb erhalten Sie bei der Deutschen Umwelthilfe e.V., Kommunalen Umweltschutz, Herr Oliver Finus, Tel.: 07732 - 9995-54; E-Mail: [finus@duh.de](mailto:finus@duh.de)

**Quelle:** Deutsche Umwelthilfe e.V., Oliver Finus

---

## **Schlichtungsstelle Energie gegründet**

Neue Anlaufstelle bei Streitigkeiten zwischen Energieversorgungsunternehmen und Verbrauchern

**Die Schlichtungsstelle Energie wurde im Oktober 2011 vom Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gegründet. Sie dient als zentrale Schlichtungsstelle zur außergerichtlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen Energieversorgungsunternehmen und Verbrauchern. Sie wird gemeinsam getragen von den Verbänden der Energiewirtschaft und dem Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. Die Schlichtungsstelle arbeitet unabhängig und neutral und ist für den Verbraucher kostenfrei.**

Die Versorgung mit Strom und Gas ist an vielfältige rechtliche und technische Anforderungen geknüpft, die die Energieversorgungsunternehmen und ihre Kunden gleichermaßen betreffen. Das Versorgungsverhältnis kann noch so gut ausgestaltet sein; es kann hin und wieder zu Meinungsverschiedenheiten kommen, die Anlass zur Beschwerde geben.

Nach dem Energiewirtschaftsgesetz sind Energieversorgungsunternehmen, Messstellenbetreiber und Messdienstleister verpflichtet, Beanstandungen von Verbrauchern, insbesondere zum Vertragsschluss oder zur Qualität von Leistungen des Unternehmens, innerhalb von vier Wochen zu bearbeiten. Wird der Beschwerde nicht abgeholfen, wird also keine Einigung erzielt, muss das Unternehmen dies schriftlich oder elektronisch begründen.

Wer als Verbraucher auf seine Beschwerde keine zufriedenstellende Antwort bekommt, kann sich an die Schlichtungsstelle wenden. Hier wird das Anliegen geprüft und ein Schlichtungsvorschlag zur einvernehmlichen und außergerichtlichen Streitbeilegung erarbeitet. Das spart allen Beteiligten Geld, Zeit und Ärger.

**Quelle und weitere Informationen:** [www.schlichtungsstelle-energie.de](http://www.schlichtungsstelle-energie.de)

## Schulungsreihe zu Biogas

Zentrum Bioenergie Großbeuthen bietet Biogas-Fachschulungen an

**Das Zentrum Bioenergie Großbeuthen bietet seit November 2011 eine neue Schulungsreihe an. In den von der Fördergesellschaft Erneuerbare Energien e.V. (FEE) organisierten Kursen wird systematisches Fachwissen an Betreiber und Planer von Biogasanlagen vermittelt.**



Biogasanlagen sind im ländlichen Raum einer der wichtigsten Beiträge zur Wertschöpfung und zum Übergang auf eine erneuerbare Energieversorgung. Um die effiziente Nutzung des in Brandenburg bestehenden Potentials von Biomasse zu verbessern, wird das im Sommer 2011 eröffnete Schulungszentrum im Rahmen des RENplus-Programms vom Ministerium für Wirtschaft und Europangelegenheiten des Landes Brandenburg gefördert.

Worauf muss ich bei der Anlagenplanung achten? Wie optimiere ich den Betrieb? Wie finanziere ich Anlagen im Rahmen des novellierten EEG? Umfassende Ratschläge zur Planung, Erweiterung, Optimierung und zum wirtschaftlichen Betrieb werden in den Schulungen vermittelt. Die Themenpalette reicht vom Pflanzenanbau über Arbeits- und Investitionssicherheit bis hin zur Gaseinspeisung.

Zur Vermittlung von fachlicher Kompetenz für Interessierte entwickelte die FEE ein interaktives Schulungskonzept mit zwei Formaten:



Prof. Dornack (BTU Cottbus) bei der Vermittlung von Biogas-Fachwissen

In den Werkstätten bringen die Teilnehmer eigene Beispiele aus Ihrer Praxis mit, z.B. Anlagenplanungen, Messergebnisse, Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Erfahrungsberichte. Unter der Leitung von Fachleuten werden neben der Vermittlung des Fachwissens die eigenen Beispiele im Team besprochen. Die Schulungskurse beschäftigen sich vor allem mit der Anlagenplanung, der Optimierung der Gärbiologie, der Gasaufbereitung und -einspeisung sowie der Investitionssicherheit im Zusammenhang mit dem EEG. In den Qualifizierungen wird ein breites, systematisches Wissen vermittelt, z.B. die opti-

male Betriebstechnik, Sicherheitsanforderungen etc. Nach einer anschließenden Prüfung unter Beteiligung von Fachpartnern erhalten die Teilnehmer ein Zertifikat, das deren Erfolg belegt. Aktuell befassen sich die Schulungen mit den Themen Anlagenbetrieb und Sicherheit sowie den Basis- und Expertenmodul für Biogasanlagenbetreiber.

Die Schulungen werden von erfahrenen Experten in den Gebieten Planung, Betrieb und Finanzierung geleitet. Alle Referenten arbeiten für etablierte Institutionen und Unternehmen der Bioenergiebranche, u. a. BTU Cottbus, BioenergieBeratung Bornim GmbH, Fraunhofer UMSICHT. Hier können die Teilnehmer mit den Referenten und den weiteren Fachteilnehmern über den richtigen Umgang mit Biogasanlagen praxisnah diskutieren oder ein Zertifikat für den sicheren Anlagenbetrieb erwerben.

Die Schulungen finden derzeit im Gemeindezentrum Thyrrow im Landkreis Teltow-Fläming statt.

**Weitere Informationen unter:** [www.fee-ev.de/zbg](http://www.fee-ev.de/zbg); Tel: 030 - 6576-2706.

**Quelle:** Fördergesellschaft Erneuerbare Energien e.V., [www.fee-ev.de](http://www.fee-ev.de)

---

## Weitere Links und Termine

### Energieberatung und Stromsparen

- ZukunftsAgentur Brandenburg - ZAB Energie
- Energiespar-Ratgeber der ZAB
- Verbraucherzentrale Brandenburg
- Initiative Energie-Effizienz der dena

### Termine

- ETI-Brandenburg: **Veranstaltungsübersicht**
- ZAB: **Energie-Termine für Unternehmen**
- 18.11.2011, Eberswalde: **1. Unternehmertag der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung**
- 22. – 23.11.2011, Berlin: **Kongress Nawaro-Kommunal**
- 02.12.2011, Berlin: **Kongress Stromeinsparung in Haushalten**
- 05. – 09.12.2011, Berlin: **6. Master Class Course Conference "Renewable Energies"**
- 13.12.2011, Potsdam: Clusterkonferenz des Clusters Energietechnik

## Bestellung, Abbestellung

Wenn Sie den Newsletter „Energieland Brandenburg“ künftig regelmäßig und sofort nach Erscheinen per E-Mail erhalten möchten, schicken Sie uns eine E-Mail mit Ihrer E-Mail-Adresse an

**[energie@mwe.brandenburg.de](mailto:energie@mwe.brandenburg.de)**

Stichwort: Bestellung Newsletter Energie

Wenn Sie den Newsletter „Energieland Brandenburg“ nicht mehr erhalten möchten, schicken Sie uns eine E-Mail mit Ihrer E-Mail-Adresse an

**[energie@mwe.brandenburg.de](mailto:energie@mwe.brandenburg.de)**

Stichwort: Abbestellung Newsletter Energie

## Impressum

Ministerium für Wirtschaft und Europaangelegenheiten des Landes Brandenburg  
Referat 15, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam  
Verantwortlich i.S.d.P.: Michael Gumbert, Tel. 0331 - 866 1802, Fax: 0331 - 866 1760  
E-Mail: **[internet@mwe.brandenburg.de](mailto:internet@mwe.brandenburg.de)**, Internet: **[www.mwe.brandenburg.de](http://www.mwe.brandenburg.de)**

Herausgeber:  
Brandenburgische Energie Technologie Initiative (ETI)  
Industrie- und Handelskammer (IHK) Potsdam  
Breite Str. 2a-c, 14467 Potsdam  
Dieter Sasse, Tel. 0331 - 2786 282  
E-Mail: **[sasse@potsdam.ihk.de](mailto:sasse@potsdam.ihk.de)**, Internet: **[www.eti-brandenburg.de](http://www.eti-brandenburg.de)**